



AMBASSADE DE SUISSE  
EN CHINE

Peking, den 21. Juni 1969.

Réf.: 342.1.- RO/mo

VERTRAULICH

an	MB								
Datum	15.7								
Visa	W								
EPD	15. Juli 1969								
Ref.	p. B. 15.21. Cha.								

*Kopie ist geteilt.*

Herrn Bundesrat W. S p ü h l e r  
Vorsteher des Eidgenössischen  
Politischen Departementes

B e r n

Herr Bundesrat,

Gestern empfing mich Vizeausserminister Lo Kwei-po zu einer längeren Besprechung. Der Genannte, der mehrere Monate im "Landdienst" verbracht hat, übernahm vor einigen Wochen wieder seinen früheren Posten im Ausserministerium. Trotz der von ihm während der Kulturrevolution verfolgten scharfen Linie ist Lo Kwei-po nicht ins Zentralkomitee gewählt worden. Früher war er unter den ersten stellvertretenden Mitgliedern und dürfte nach der Epuration des Jahres 1967 Vollmitglied geworden sein. Bei dem über 1 1/2 Stunden dauernden Tour d'horizon kamen folgende Punkte zur Sprache.

1. Beziehungen Schweiz-China.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und China sind ausgezeichnet. Sie wurden in den letzten Jahren durch gewisse Zwischenfälle, die bei der chinesischen Regierung Missfallen erregt hatten, getrübt. Da aber beide Regierungen den Grundsatz der Koexistenz befolgen, sind diese Schwierigkeiten endgültig erledigt worden. Die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen können auch in Zukunft weiterentwickelt werden, was im Interesse beider Länder liegt. Die chinesischen Regierung hat ihren guten Willen gezeigt, indem sie vor zwei



Wochen den frühern Botschaftsrat wieder nach Bern zurück-  
sandte. Gegenwärtig ist sie daran, sämtliche Botschafter-  
posten mit den befreundeten Ländern wieder zu besetzen,  
was ebenfalls als Ausdruck des guten Willens, die Beziehun-  
gen zu Westeuropa auszubauen, gewertet werden kann.

Ich unterliess es, um nicht den Eindruck eines  
allzu grossen Interesses zu erwecken, im einzelnen auf  
die Frage der Botschafterentsendung nach Bern einzutreten.  
Dagegen benützte ich die Ausführungen Lo Kwei-pos um ihn  
auf folgende Punkte aufmerksam zu machen:

- a. Die Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern werden  
immer noch getrübt durch die Tatsache, dass der Schwei-  
zerbürger Alfred Knuchel seit genau 1 1/2 Jahren in  
Peking zurückgehalten wird. Die schweizerische Regierung  
würde grössten Wert darauf legen, wenn die zuständigen  
chinesischen Behörden diesen Fall bald erledigten und  
Herrn Knuchel das Ausreisevisum erteilten.
- b. Um die kulturellen Beziehungen gemäss dem Wunsche der  
chinesischen Regierung auszubauen, sollten die zustän-  
digen chinesischen Behörden in der Erteilung von Ein-  
reisebewilligungen für Professoren, Künstler und Jour-  
nalisten etwas entgegenkommender sein. Es seien solche  
Gesuche anhängig und ich wäre dankbar, wenn die zustän-  
digen Stellen im obigen Sinne angewiesen würden, diese  
rasch und wohlwollend zu behandeln.

Zum Fall Knuchel erklärte der Vizeausussenminister,  
er könne mir zuhanden der schweizerischen Regierung zusichern,  
dass diese Angelegenheit in raisonabler Weise und bald er-  
ledigt würde. Er werde sich des Falles annehmen und den  
zuständigen chinesischen Behörden die nötigen Empfehlungen  
erteilen.

Zur Frage von Studienreisen und dem Besuch von  
Journalisten erklärte er folgendes:

Gegenwärtig seien sämtliche Behörden im ganzen  
Lande mit der Realisierung der Erfolge der Kulturrevolution

stark beschäftigt. Die Leute hätten gegenwärtig kaum Zeit, Besucher zu empfangen. Er werde auch diesen Wunsch den zuständigen Stellen übermitteln, könne mir aber für die nächsten Monate keinerlei Zusicherungen diesbezüglich geben. Ich hatte den bestimmten Eindruck, dass gegenwärtig die Reorganisation der gesamten Administration des Landes im Gange ist und dass man nicht gewillt ist, ausländische Besucher vor dem Abschluss dieser Aktion zu empfangen. Das dürfte kaum vor dem 1. Oktober der Fall sein.

## 2. Beziehungen zum Ausland.

Die chinesische Regierung hat seit der Gründung der Volksrepublik ihre Aussenpolitik auf dem Grundsatz der friedlichen Koexistenz aufgebaut. Sie wird auch in Zukunft an diesen Prinzipien festhalten und mit jeder Regierung, die gewillt ist, nach den fünf Koexistenzpunkten zu handeln, diplomatische Beziehungen aufnehmen. Entsprechende Verhandlungen sind mit Kanada und Italien im Gange.

Eine Ausnahme bilden die Vereinigten Staaten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat seit Truman bis zum heutigen Tage gegenüber der Volksrepublik eine feindliche Politik betrieben. Sie hat es darauf abgesehen, um China herum einen Kreis feindlich gesinnter Staaten zu organisieren. Besonders schwerwiegend ist der Umstand, dass die Vereinigten Staaten einen Teil des chinesischen Territoriums, nämlich Taiwan, besetzt halten und dort die Verrätercliqué Chiang Kai-shek unterstützen. Solange die Vereinigten Staaten sich nicht aus Taiwan und der Taiwan-Strasse zurückziehen und solange sie fortfahren, Chiang Kai-shek zu unterstützen, könne trotz allen Versicherungen von Präsident Nixon an die Aufnahme irgendwelcher konstruktiver Kontakte nicht gedacht werden. Die Vereinigten Staaten müssten durch Tatsachen und nicht nur durch Worte ihren guten Willen, mit China die Be-

ziehungen normalisieren zu wollen, unter Beweis stellen.

Meine Frage, ob er eine Möglichkeit sehe, dass diejenigen amerikanischen Kreise, die die Politik der Entspannung zwischen den beiden Ländern befürworteten, mit der chinesischen Regierung ins Gespräch kommen könnten, beantwortete er mit einem glatten nein. Er wiederholte, dass solange Taiwan durch die Amerikaner besetzt sei, die chinesische Regierung keine Möglichkeit sehe, mit irgendwelchen politischen oder privaten Kreisen der Vereinigten Staaten ins Gespräch zu kommen. Diese Auffassung entspricht meinen seinerzeitigen Ausführungen betreffend den eventuellen Besuch von Senator Kennedy.

### 3. Vietnam

Die chinesische Regierung hat eine grosse Hochachtung vor dem vietnamesischen Volk, das seit Jahren einen Kampf um seine Unabhängigkeit und Freiheit führt und das mit seinem Kampfwillen der amerikanischen Aggression standhalten konnte. Die Amerikaner hätten eingesehen, dass sie den Krieg nicht gewinnen können. Sie seien aber noch nicht bereit, ihre Truppen abzuziehen. Ebenso versuchen sie, dem südvietnamesischen Volk eine Koalitionsregierung ihrer Gnaden aufzuzwingen, was von den Vietnamesen nicht akzeptiert werden könne. Es sei sehr schwer, die Amerikaner zu veranlassen, ihre Truppen aus Südvietnam zurückzuziehen, daher könne nicht mit einer raschen Beendigung des Krieges gerechnet werden.

Ich stellte bei diesen Ausführungen eine gewisse Unsicherheit meines Gesprächspartners fest. Wohl drückte er sich ziemlich pessimistisch aus und betonte wiederholt, dass der Krieg noch lange dauern werde. Er unterliess es aber, irgendwelche scharfe Ausdrücke gegenüber den Vereinigten Staaten zu verwenden und liess die Möglichkeit offen, dass in Paris doch eine Einigung bezüglich der Koalitionsregierung

gefunden werden könnte, die einen raschen Truppenabzug in Gang bringen würde. Es scheint, als habe Peking den frühern Einfluss auf Hanoi und die Front etwas eingebüsst, was meinen Eindrücken während meinen Besprechungen in Hanoi entspricht. Auf jeden Fall hat Lo Kwei-po es unterlassen zu unterstreichen, dass die chinesische Regierung die Vietnamesen anhalte, ihren Kampf bis zum Endsieg durchzuführen.

#### 4. Sino-sowjetische Grenzprobleme.

Lo Kwei-po gab mir eine ausführliche Erklärung über diesen Problemkomplex und bat mich, sie der schweizerischen Regierung zu unterbreiten. Sie folgte den verschiedenen offiziellen Erklärungen der chinesischen Regierung, über die Sie bereits schon unterrichtet worden sind. Er hob vor allem folgende Punkte hervor:

Die Volksrepublik China hat seit ihrem Bestehen nie einen Grenzzwischenfall provoziert und nie einen chinesischen Soldaten in ein fremdes Land gesandt (sic). Sämtliche Grenzfragen mit den Nachbarn wurden auf dem Verhandlungswege gelöst, mit Ausnahme der Sowjetunion und Indien. Die Schuld liegt dabei nicht bei China, sondern bei diesen beiden Ländern. Die sozial-imperialistischen Revisionisten Moskaus hätten die verschiedenen Verhandlungsangebote Pekings zurückgewiesen. Chinesischerseits sei immer betont worden, dass irgendwelche Ansprüche auf die seinerzeit vom zaristischen Russland besetzten chinesischen Gebiete nicht erhoben würde. Grundlage der Verhandlungen sei der Status quo, der geschaffen wurde durch die ungerechten Verträge mit dem zaristischen Russland. Diese Vorschläge seien nun wiederholt worden und es liege an Moskau, die Konsequenzen zu ziehen. China habe nie die Absicht gehabt und werde sie nie haben, irgendeinen Expansionskrieg zu beginnen. Wenn es aber angegriffen werde, so werde es sich auch zur Wehr setzen. Der letzte Verhandlungs-

vorschlag der chinesischen Regierung sei ein Beweis für den Willen Chinas, den Weltfrieden zu erhalten. Wenn jedoch die Gegenseite dieses Angebot nicht annehmen wolle und auf eine kriegerische Auseinandersetzung hinarbeite, so sei das chinesische Volk bereit, diese Herausforderung anzunehmen und ihr Land und seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Er hoffe, dass die schweizerische Regierung für dieses Verhalten Chinas das nötige Verständnis aufbringe.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:

*Rossetti.*